



Kapitel 8. Beispielhafte Fallstudien zur Arbeitsausbeutung

Unit-responsible partner: KWPG



Co-funded by
the European Union



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

8. Beispielhafte Fallstudien zur Arbeitsausbeutung

8.1 Einführung

Das Hauptziel des Kapitels ist es, die Teilnehmenden anhand eines realen Falls mit den Mechanismen von Menschenhandelsgruppen vertraut zu machen sowie Fähigkeiten zu entwickeln, um Opfer zu identifizieren und geeignete rechtliche Instrumente zum Schutz der Opfer und zur Verfolgung der Verdächtigen anzuwenden.

8.2 Lernziele

Schulungsinhalte:

- Mechanismen des Menschenhandels:
 - Anwerbung: Wie werden Opfer angeworben? Die Rolle von Arbeitsversprechen, gefälschten Agenturen und sozialen Medien.
 - Kontrolle: Einziehung von Dokumenten, Drohungen, Isolation und andere Methoden, um Gehorsam zu erzwingen.
 - Ausbeutung: Einsatz der Opfer in Zwangsarbeit, Prostitution oder Bettelei.
- Identifizierung von Opfern:
 - Erkennen von Anzeichen, dass eine Person Opfer von Menschenhandel sein könnte.
 - Zentrale Fragen während der Befragung.
 - Zusammenarbeit mit NGOs, die Opfer unterstützen.



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

Rechtliche Instrumente:

- Erörterung nationaler und internationaler Gesetze zum Menschenhandel (z.B. Palermo-Protokoll).
- Verfahren zur Strafverfolgung der Täter und zum Schutz der Rechte der Opfer.

8.3 Definitionen

Palermo-Protokoll

Das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels (auch als Menschenhandelsprotokoll oder UN-TIP-Protokoll bezeichnet) ist ein Protokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Es ist eines der drei Palermo-Protokolle. Die beiden weiteren Protokolle sind das Protokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg und das Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen und den unerlaubten Handel damit.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs)

Bieten Opfern von Menschenhandel physische und psychologische Unterstützung. Sie spielen oft eine wichtige Rolle bei der Aufklärung der Öffentlichkeit über die Risiken sowie bei der Unterstützung in Gerichtsverfahren.



8.4 Informativer Teil

Fall Nr. 1 – Solange (sexuelle Ausbeutung)

Der Fall betrifft ein Beispiel einer organisierten kriminellen Gruppierung, die aus der Anwerbung und Organisation von Prostitution Profit schlug. Diese war von 2015 bis 2018 in Polen, im Dreistädteverbund (Danzig, Gdynia, Sopot) tätig. Die Gruppierung wandte in der Praxis Methoden wie Einschüchterung, Manipulation und die vollständige Abhängigkeit der Opfer von ihren kriminellen Aktivitäten an.

Einleitung

Das Fallbeispiel betrifft eine organisierte kriminelle Vereinigung, die aus der Anwerbung und Organisation von Prostituierten Profit schlug. Die Gruppe war von 2015 bis 2018 in Polen im Dreistädteverbund (Danzig, Gdynia, Sopot) tätig. Die Gruppe wandte ihre reale Vorgehensweise an, die auf Einschüchterung, Manipulation und der vollständigen Abhängigkeit der Opfer von ihren kriminellen Aktivitäten beruhte.

Rahmenbedingungen und Hintergrund

Eines der Opfer der betreffenden Gruppe war ein 22-jähriges Mädchen brasilianischer Herkunft, das seit seinem 12. Lebensjahr in Danzig (einer Großstadt im Norden Polens) lebte und aufgewachsen war. Für die Zwecke des Szenarios wurde sie S. genannt. Aufgrund kultureller Unterschiede und der Sprachbarriere hatte das Opfer keine ausreichende Ausbildung erhalten und konnte nach Erreichen der Volljährigkeit mit 18 Jahren keine gut bezahlte Arbeit finden. Im Alter von 19 Jahren brachte sie ein Kind zur Welt, dessen Vater ins Ausland geflohen war und ihr in keiner Weise (weder finanziell noch im Alltag) bei der Erziehung des Kindes half. Das Opfer nahm verschiedene Gelegenheitsjobs an, um sich und das Kind zu versorgen, aber es handelte sich um schlecht bezahlte Tätigkeiten, die kein normales Leben ermöglichten.



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

Vorgehensweise in der Anfangsphase und gradueller Übergang zur Prostitution

S. fand 2015 eine Anzeige, in der die Möglichkeit angeboten wurde, als Prostituierte Geld zu verdienen. Da sie aufgrund der Krankheit ihres Kindes dringend ihr Haushaltsbudget aufbessern musste, beschloss sie, die in der Anzeige angegebene Telefonnummer anzurufen. Sie versprach sich jedoch, dass sie höchstens einen Monat lang „auf diese Weise“ arbeiten und dann, nachdem sie etwas Geld verdient hatte, wieder aufhören würde. S. war außergewöhnlich hübsch, und ihre lateinamerikanische Schönheit (in Polen unbekannt) zog Männer immer an.

S. rief die angegebene Telefonnummer an, die von einer freundlichen Frau beantwortet wurde. S. erklärte, dass sie als Prostituierte etwas Geld verdienen wolle, wobei sie festlegte, dass sie maximal einen Monat lang arbeiten wolle. Die Frau, die den Anruf entgegennahm, bat darum, ein paar Fotos von S. zu schicken, worauf diese sich einließ. Dann vereinbarten sie ein Treffen. Während des Treffens erklärte die Frau S., dass sie in einer Wohnung in Gdynia arbeiten würde, die speziell für gesellschaftliche Zusammenkünfte gemietet worden war. Eine solche Wohnung ist kein klassisches Bordell, das offiziell betrieben wird, sondern basiert auf einer Pauschalgebühr, die an den Mieter der Wohnung gezahlt wird. Sie besprachen auch das Vergütungssystem, das aus einer 50 %/50 %-Aufteilung mit dem betreffenden Manager bestand. Die Frau stimmte ebenfalls zu, dass S. nur einen Monat lang arbeiten würde.

Nachdem die Arbeitsbedingungen besprochen worden waren, holte der „Stripper“ (ein Sicherheitsbeamter und Fahrer) S. ab. Die „Personalvermittlerin“ teilte S. mit, dass sie von nun an alle Angelegenheiten (einschließlich der Rechnungsstellung) ausschließlich mit diesem Mann regeln solle. Sie fügte hinzu, dass sie sich persönlich um die Termine mit den Kunden kümmern und S. dann darüber informieren werde. Für die Zwecke des Szenarios wurde er M1 genannt.





Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

Form und Vorgehensweise der Ausbeutung

M1 brachte S. in eine gemietete Wohnung in Gdynia, wo sie Dienstleistungen erbringen sollte. Die „Recruiterin“ rief sie dann an und teilte ihr mit, dass sie an diesem Abend zwei Treffen mit Kunden haben würde. S. willigte ein. Nach den Terminen rief die Frau M1 an, mit dem sie sich einigte, und er fuhr sie nach Hause. Im Laufe der Tage hatte S. immer mehr Termine. Aufgrund ihrer Schönheit war sie außerordentlich erfolgreich. Nach zwei Wochen wurde sie jedoch aufgrund von Erschöpfung krank und rief M1 an, um ihm mitzuteilen, dass sie an diesem Tag zu Hause bleiben würde. M1 teilte ihr mit, dass sie für jeden Tag, an dem sie der Arbeit fernblieb, der Organisation 1.000 PLN (zu diesem Zeitpunkt etwa 25 % des durchschnittlichen Monatsgehalts in Polen) schulden würde. S. war überrascht, da zuvor keine Strafen erwähnt worden waren. Nach drei Tagen kehrte sie zur Arbeit zurück. M1 teilte ihr mit, dass sie nun eine Woche lang kostenlos arbeiten müsse, bis sie die auferlegte Strafe abgegolten habe. S. stimmte zu, erklärte jedoch, dass sie noch zwei Wochen arbeiten und sich dann entlassen lassen würde, da Prostitution kein geeigneter Beruf für sie sei. Nachdem S. zwei Wochen gearbeitet hatte, rief sie M1 an und teilte ihm mit, dass sie ihre Arbeit als Prostituierte beenden würde. M1 kam zu ihr und sagte ihr, dass sie noch zwei Wochen arbeiten müsse, da sie diejenige sei, die die monatliche Miete für die Wohnung bezahlen müsse. S. hatte zuvor nichts davon gewusst und wollte fliehen, aber M1 wandte Gewalt gegen sie an. Dabei drohte er ihr, dass er wisse, wo ihr Kind wohne, und dass dem Kind etwas zustoßen könnte, wenn sie die Miete für die Wohnung nicht abarbeite. S. sagte, sie würde die Miete abarbeiten und sie würden sich nie wieder sehen. Bevor zwei Wochen vergangen waren, in denen S. M1 wiederholt sagte, dass sie nicht mehr arbeiten würde, kam der zuvor nicht erwähnte Chef von M1 zu der gemieteten Wohnung. Für die Zwecke dieses Szenarios wurde er M2 genannt. M2 war brutal, drohte S., dass sie nirgendwo hingehen würde, weil sie zu viel Gewinn einbrachte, und sie sollte nicht einmal daran denken, zu gehen, dann überwältigte er S., legte ihr



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

Handschellen an und tätowierte ihr mit Hilfe von M1 eine große Inschrift auf das Bein, auf der „Eigentum von M2“ stand. Dann ließ er sie frei und sagte ihr, dass sie immer ihm gehören würde und dass sie für ihn arbeiten würde, bis sie sich langweilte oder alt wurde. S. war völlig gebrochen, psychisch völlig abhängig von ihren Peinigern, die sie, obwohl sie ihr Geld aus den Treffen mit den Kunden gaben, über alle menschlichen Grenzen hinaus ausbeuteten

Ausgangspunkt der Ermittlungen

Nach einigen Monaten harter Arbeit war S. am Ende ihrer Kräfte und versuchte, sich mit einer hohen Dosis Schlaftabletten das Leben zu nehmen. Sie wurde von einer Babysitterin gefunden, die den Rettungsdienst alarmierte. S. wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie gerettet werden konnte. In Polen werden die Polizeibeamten über jeden Selbstmordversuch informiert, so auch in diesem Fall. Gegenüber dem Polizeibeamten, der sie verhörte, wollte S. aus Angst vor ihren Peinigern nicht über ihre Lebenssituation sprechen. Zusätzlich zu ihrer formellen Aussage erzählte sie dem Polizisten jedoch von ihren Peinigern. Der Polizist bot ihr an, über den Fall auszusagen und Polizeischutz zu erhalten, aber S. stimmte dieser Lösung aufgrund ihrer Abhängigkeit von ihren Peinigern (eine Art Stockholm-Syndrom) nicht zu. Der Polizist informierte jedoch die Ermittler der Provinzpolizeidirektion in Danzig über den Sachverhalt, die ein Ermittlungsverfahren einleiteten, um die erhaltenen Informationen zu bestätigen, und dann begannen, gegen die gesamte Gruppe vorzugehen.

Ermittlungsverfahren

Die Kriminalabteilung der Provinzpolizeidirektion in Danzig führte im Rahmen eines operativen Verfahrens gegen eine organisierte kriminelle Vereinigung, die finanzielle Vorteile aus der Prostitution anderer Personen ziehen wollte, indem sie den Betrieb von Einrichtungen für die Erbringung sexueller Dienstleistungen organisierte und überwachte



und auch zur Prostitution zwang, amtliche Ermittlungen durch. Die betreffende Gruppe, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Straftaten zu begehen, war mindestens von 2015 bis 2018 im Dreistädteverbund tätig. Im Jahr 2017 wurde ein Verfahren eingeleitet, um Informationen über die Aktivitäten einer organisierten kriminellen Vereinigung im Dreistädteverbund zu erhalten, die aus Menschenhandel und Zwangsprostitution Profit schlug.

Die Gruppe warb Frauen in schwierigen Lebenssituationen (finanzielle Motivation) für die Prostitution an. Diese Handlungen, die von den Mitgliedern der Gruppe wissentlich begangen wurden, dienten dazu, finanzielle Vorteile aus der Prostitution einer anderen Person zu ziehen, indem sie Bedingungen für das Anbieten sexueller Dienstleistungen schufen, für die sie Geldbeträge in Höhe von 50 % der Zahlung durch den Kunden einnahmen. Es ist hervorzuheben, dass die Gruppe eine Straftat von erheblicher Schwere begangen hat, nämlich sexuelle Ausbeutung, bei der es für die ausgebeuteten Frauen oft sehr schwierig ist, sich aus einem devianten Umfeld zu befreien. Die betreffende Gruppe hatte eine organisierte Struktur und Hierarchie, die sich in verschiedene Ebenen unterteilte: Bosse, Leibwächter/Fahrer, Telefonisten und Prostituierte. Jede Ebene hatte während der Interaktion ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen, und aufgrund der Größe der Gruppe und der Vielzahl der betriebenen Dienstleistungsstellen (die sich in privaten, gemieteten Wohnräumen befanden) waren nicht weniger als 38 Personen an dem betreffenden Verfahren beteiligt. Die Chefs der Gruppe waren in erster Linie auf finanziellen Gewinn ausgerichtet, was sich daran zeigte, dass sie ihr Tätigkeitsfeld ständig durch die Eröffnung weiterer Standorte erweiterten und Standorte, die nicht die erwarteten Gewinne einbrachten, geschlossen wurden. Die Strategie zum Betrieb eines Netzwerks sogenannter „Home Stores“ wurde geplant, beginnend mit einer sogenannten „Recherche“ zum lokalen Markt der Prostitutionsagenturen im Dreistädteverbund und der Auswahl von Standorten mit hoher Nachfrage, bis hin zur Organisation der



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

Räumlichkeiten, d. h. der Aufteilung der Räume in Schlafzimmer und der Anpassung der Einrichtung. Im Rahmen der durchgeführten verfahrensrechtlichen und nicht verfahrensrechtlichen Maßnahmen wurden Adressen ermittelt und anschließend bestätigt, an denen sich die verschiedenen von der betreffenden Gruppe kontrollierten Standorte befanden. Die Anführer der Gruppe stellten sicher, dass ihre Reihen unter anderem nur mit Bodyguards besetzt wurden, die ihnen empfohlen worden waren, wie z.B. Bekannte aus dem Fitnessstudio, die überprüft und vertrauenswürdig waren. Darüber hinaus bestand ein bedeutender Teil der Gruppe aus Familienmitgliedern derjenigen, die an der Spitze der Hierarchie standen, was auf eine hohe Geheimhaltung hindeutet. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit den durchgeführten offiziellen Aktivitäten operative Materialien gesammelt, die belegen, dass Mitglieder der betreffenden Gruppe Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz begangen haben, d. h. den Besitz von Betäubungsmitteln oder psychotropen Substanzen. Aus den gewonnenen Informationen ging hervor, dass einer der Anführer der Gruppe polnischer Staatsbürger war. Zu seinen Aufgaben gehörte die umfassende und ständige Überwachung der Arbeit der Begleitagenturen, die Verteilung der Aufgaben an die einzelnen Mitglieder der Gruppe (z.B. Suche nach neuen Räumlichkeiten und deren Anpassung an die betreffende Tätigkeit, Bezahlung der Räumlichkeiten, Suche nach arbeitswilligen Frauen, Schulung neuer Telefonisten, Veröffentlichung von Stellen- und Begleitanzeigen), die Genehmigung neuer Räumlichkeiten, ihrer Einrichtung und Ausstattung, die Aufnahme neu eingestellter Bodyguards, die von anderen Mitgliedern der Gruppe empfohlen wurden, die Einweisung der Bodyguards in ihre Aufgaben, die Aufnahme von arbeitswilligen Frauen, die finanzielle Abwicklung – die Abrechnung der täglichen Einnahmen der Bodyguards und „Telefonistinnen“, die Festlegung der Preise für sexuelle Dienstleistungen, die Beilegung von Konflikten und Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Gruppe, die Festlegung von Geldstrafen unter anderem für Fehlzeiten am Arbeitsplatz, die Entgegennahme von



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

Berichten der Bodyguards und „Telefonistinnen“ über die Situation in der „Hausparty“ einschließlich der erzielten finanziellen Einnahmen, die Vermittlung von Prostituierten, „Telefonisten“ und Leibwächtern an Agenturen entsprechend der aktuellen Nachfrage, gelegentliche Beförderung von Frauen auf Wunsch der Kunden, Organisation elektronischer Geräte zur Unterstützung der kriminellen Aktivitäten, d. h. Laptops, von denen aus Anzeigen geschaltet und Fotos von Frauen gesammelt werden, sowie Telefone, deren Nummern in den Anzeigen angegeben sind.

Der zweite Anführer der Gruppe war ebenfalls polnischer Staatsbürger. Seine Aufgabe bestand unter anderem darin, die rangniedrigeren Mitglieder der Gruppe einzuschüchtern – sowohl die Prostituierten selbst als auch die Leibwächter und Fahrer. Seine Aufgaben standen in engem Zusammenhang mit einer Art „krimineller Erfahrung“. Der oben Genannte war eine Art „graue Eminenz“ in der kriminellen Gruppe. Die meisten Mitglieder der Gruppe hatten ihn nie gesehen, aber aufgrund seiner Vergangenheit und seiner Bekanntheit hatten sie großen Respekt vor ihm. Im Gegensatz zum anderen Anführer der Gruppe führte er seine Aufgaben weitaus heimlicher aus. In der Hierarchie der Gruppe standen direkt unter den oben genannten Anführern die Leibwächter. Zu ihren Aufgaben gehörte es, die Arbeit der Prostituierten direkt zu beaufsichtigen und ihre Arbeitszeiten zu kontrollieren, dem Anführer der Gruppe Informationen über das Fernbleiben der Frauen und ihren Drogen- und Alkoholmissbrauch zu liefern, die Frauen gemäß den Anforderungen der Kunden zu ihren Ausgangsorten zu transportieren, eine zusätzliche Gebühr für den Transport der Frauen zu erheben und die Prostituierten zur Arbeit zu zwingen sowie die Ordnung auf dem Gelände des Standorts aufrechtzuerhalten und Konflikte mit Kunden zu lösen. Darüber hinaus kassierten die Sicherheitsleute den gesamten Betrag für die erbrachten sexuellen Dienstleistungen von den Prostituierten unmittelbar nach der Barzahlung durch den Kunden ein. Die täglichen finanziellen Abrechnungen mit den Prostituierten erfolgten wie folgt: 50 % der Einnahmen gingen an





Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

die Prostituierten, 50 % verblieben in der Kasse der Gruppe und wurden direkt an den ersten Boss der Gruppe überwiesen, der den Gewinn dann mit dem zweiten Boss teilte. Ein weiteres Mitglied der Strukturen der betreffenden organisierten kriminellen Vereinigung waren die sogenannten „Telefonisten“, zu deren Aufgaben es gehörte, Anrufe von Kunden entgegenzunehmen, ihnen am Telefon das sexuelle Angebot der Mädchen im „Haus“ zu präsentieren, die Arbeitszeiten und -orte der Prostituierten zu koordinieren, Anzeigen auf Internetportalen zu schalten, sich um die Inneneinrichtung der Wohnung zu kümmern und die zahlreichen Mobiltelefone, die zur Kundenwerbung genutzt wurden, ständig zu warten. Die oben genannten Aufgaben wurden ausschließlich von Frauen wahrgenommen. Darüber hinaus warben einige von ihnen ständig neue Frauen für die Begleitung an, indem sie neue Mädchen in den Kreis der für die betreffende Gruppe arbeitenden Prostituierten einführten. Im Rahmen der offiziellen Ermittlungen im Zusammenhang mit den Aktivitäten einer organisierten kriminellen Vereinigung, die finanzielle Vorteile aus der Prostitution anderer erzielte, wurde die Zusammensetzung der Komfortfrauen ermittelt, die sexuelle Dienstleistungen für die betreffende kriminelle Vereinigung erbrachten. Die Ergebnisse zeigen, dass die oben genannten Frauen nach Stellenanzeigen für „Comfort Ladies“ gesucht haben. In vielen Fällen waren sie aufgrund ihrer kritischen Situation gezwungen, eine solche Arbeit anzunehmen. Es handelte sich um Frauen aus armen Familien, oft aus Kleinstädten, in denen es keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz gibt, der zumindest die Mittel zum grundlegenden Lebensunterhalt sichert. Einige der Frauen kamen aus dem Ausland. Mangelnde Bildung und die Herkunft aus Familien mit dem Status „pathologisch“ waren zusätzliche Faktoren, die den Wunsch beeinflussten, ihr Leben auf diese Weise zu verbessern, nämlich durch sexuelle Ausbeutung ihres Körpers – was die betreffende Gruppe rücksichtslos ausnutzte. Frauen auf verschiedenen Online-Portalen veröffentlichten Anzeigen, die eine Telefonnummer enthielten. Nach einem Anruf, um weitere Details zu erfahren, wurde der Anruf von einem





Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

der aufgeführten „Telefonisten“ entgegengenommen, der die Art der auszuführenden „Arbeit“ und den Standort des Unternehmens beschrieb. Anschließend wurde ein Termin für ein Vorstellungsgespräch vereinbart. Bei diesem Treffen wurden die finanziellen Bedingungen besprochen. Von den erzielten Summen schuldete die Prostituierte 50 % (oder mehr) dem Bodyguard-Fahrer oder dem sogenannten „Telefonisten“, der das Geld weiter an den Anführer der Gruppe weitergab. Den Frauen wurde auch mitgeteilt, dass sie für die Wohnung, in der sie ihre Dienste anboten, und für die von ihnen geschalteten Anzeigen zusätzlich bezahlen mussten.

Bei Nichtbefolgung der geltenden Bedingungen und Vereinbarungen (z.B. bei Fehlzeiten am Arbeitsplatz aus verschiedenen Gründen) wurden den Prostituierten Geldstrafen auferlegt. Frauen, die sich weigerten, sich den Chefs der Gruppe zu unterwerfen, wurden geschlagen, bedroht und einige sogar mit der Aufschrift „Eigentum der Gruppe ...“ tätowiert. Die völlige Versklavung und Abhängigkeit der Frauen von den Chefs der Gruppe wurde ausgenutzt. Nach monatelanger Arbeit führte der Fall zur Verhaftung beider Anführer der Gruppe sowie aller Sicherheitsleute und Telefonisten. Gegen einige der Personen wurde eine vorübergehende Festnahme wegen Beteiligung an (oder Führung von) einer kriminellen Vereinigung, finanzieller Bereicherung durch Prostitution sowie Menschenhandel verhängt.

Gegen das beschriebene Opfer wurde keine Anzeige erstattet (Prostitution ist in Polen nach geltendem Recht nicht formalisiert, aber auch nicht illegal). Die Polizeibeamten boten dem Opfer psychologische Hilfe und die Inanspruchnahme eines Fonds für Opfer von Prostitution an, aber sie nahm diese Angebote nicht an. Derzeit hat sie zahlreiche Vorstrafen wegen Ladendiebstahls und bietet weiterhin sexuelle Dienstleistungen an, allerdings nun auf eigene Rechnung.



Fall Nr. 2 – Alejandro (Ausbeutung von Arbeitskräften)

Dieses Szenario schildert einen realen Fall, in dem eine kleine kriminelle Gruppe von der illegalen Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte profitierte und diese zu Sklavenarbeit zwang. Die Vorgehensweise der Gruppe bestand darin, Arbeitssuchende zu täuschen und sie dann zur Arbeit zu zwingen, indem sie ihnen ihre Pässe wegnahmen und sie zu Sklavenarbeit zwangen.

Einleitung

Dieses Szenario stellt einen realen Fall dar, in dem eine kleine kriminelle Gruppe von der illegalen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer profitierte und diese zu Sklavenarbeit zwang. Die Vorgehensweise der Gruppe bestand darin, Arbeitssuchende zu täuschen und sie dann durch die Einziehung ihrer Pässe und den Einsatz von Sklavenarbeit zur Arbeit zu zwingen.

Rahmenbedingungen und Hintergrund

Eines der Opfer des Menschenhandels war ein 40-jähriger Einwohner Kolumbiens. Für die Zwecke dieses Szenarios wurde er A. genannt. A. stammte aus Medellín, einer großen Stadt in Kolumbien, die von Banden beherrscht wird, die in die Herstellung und den Vertrieb von Drogen verwickelt sind. Er verfügte über eine Sekundarschulbildung. Seine Arbeit in Medellín war hauptsächlich manueller Natur. Die sehr schwierige wirtschaftliche Lage des Landes und die Schwierigkeit, in seiner Stadt eine legale Arbeit (außerhalb der Bandenstrukturen) zu finden, veranlassten ihn, darüber nachzudenken, zum Arbeiten ins Ausland zu gehen, um die finanzielle Situation seiner Familie zu verbessern.

Vorgehensweise in der Anfangsphase und Opferwerden von Menschenhandel

A. und seine beiden Kollegen, die sich in einer ähnlichen Situation befanden, fanden im Internet (in einer Facebook-Gruppe) eine Anzeige für eine Stellenausschreibung in Polen.



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

Der Vermittler, der die Stelle anbot, war argentinischer Staatsbürger. Für die Zwecke dieses Szenarios wurde er M. genannt.

A. und seine Kollegen kontaktierten M. telefonisch, und er teilte ihnen mit, dass sie in Polen in der Elektronikproduktion (in einer Hightech-Fabrik) arbeiten würden. Er nannte keinen konkreten Arbeitsort. Er versprach ein (für kolumbianische Verhältnisse) außergewöhnlich hohes Gehalt von rund 1.500 Dollar, und außerdem sagte M., dass A. und seine Kollegen ein Arbeitsvisum erhalten würden. Die Beschäftigung sollte sechs Monate dauern, danach könnten A. und seine Freunde nach Kolumbien zurückkehren oder die Beschäftigung fortsetzen. A. und seine beiden Kollegen erklärten sich bereit, das Stellenangebot anzunehmen. Sie wurden gebeten, Scans ihrer Reisepässe und einen Vorschuss von 100 Dollar für ihr Flugticket zu schicken. M. teilte A. und seinen Kollegen mit, dass die Kosten für die Flugtickets vom polnischen Vermittler übernommen würden und der Vorschuss bei der ersten Zahlung zurückerstattet würde. In Polen sollte M. die Rolle des Koordinators zwischen den Arbeitgebern und den Männern übernehmen.

Form und Vorgehensweise der Ausbeutung

Zwei Wochen später flogen A. und seine beiden Kollegen nach Polen. Sie wurden vom Flughafen in Danzig (einer großen Stadt im Norden Polens) von ihrem Kollegen M., der in diesem Szenario X genannt wird, abgeholt. X fuhr die Männer zu ihrer Unterkunft – einem kleinen Dorf in der Nähe von Danzig. Dort wohnten sie in einem Zimmer. Z. bat sie außerdem, ihre Pässe auszuhändigen – um ein Visum zu beantragen, wie M. ihnen versicherte, gaben er und sein Kollege die Pässe ab. Der Mann spricht mit A. auf Englisch, das A. gut beherrscht.

Am nächsten Tag kam X. an der Unterkunft an und teilte den Männern mit, dass sie noch am selben Tag mit der Arbeit beginnen würden. Sie fuhren alle zu einem großen Bauernhof in der Nähe der Unterkunft. A. war überrascht, als er vor Ort feststellte, dass



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

es sich nicht um eine Elektronikfabrik, sondern um eine Geflügelfarm handelte. X. versicherte ihnen, dass dies nur eine vorübergehende Situation sei, die mit der Umstrukturierung des Elektronikunternehmens zusammenhänge, und dass es für A. und seine Kollegen notwendig sei, sofort mit der Arbeit zu beginnen, um ein Visum zu erhalten.

Die Arbeit erwies sich als äußerst schwierig und menschenunwürdig – A. sollte tote Hühner entsorgen und die Exkremente und Käfige reinigen. Für seine Arbeit wurden ihm nicht einmal Handschuhe zur Verfügung gestellt, sondern nur einfache Arbeitskleidung. Nach zwei Arbeitstagen begannen A. und seine Kollegen zu protestieren – A. sagte zu X., dass er M. kontaktieren wolle. X. antwortete ihm, dass dies nicht möglich sei, versicherte ihm jedoch, dass die Arbeit nur noch ein paar Tage dauern würde und A. dann mit seinen Freunden in die Elektronikfabrik geschickt würde. A. glaubte diesen Zusicherungen, aber nach ein paar weiteren Tagen hatte sich nichts geändert. Die Männer weigerten sich zu arbeiten, X. sagte, dass sie arbeiten müssten, sonst würden sie ihre Pässe nicht erhalten, und außerdem würden sie, wenn sie sich weigerten zu arbeiten, von der polnischen Grenzpolizei wegen illegalen Aufenthalts verhaftet und anschließend in Gewahrsam genommen werden.

Diese Situation dauerte mehrere Monate an. A. versuchte, seine Familie zu kontaktieren, aber aufgrund des politischen Systems in Kolumbien konnten sie ihm in keiner Weise helfen. A. erhielt weiterhin weder einen Reisepass noch ein Visum oder einen Arbeitsvertrag. Außerdem wurde er deutlich unterbezahlt – statt der vereinbarten 1.500 Dollar erhielt er nur 500 Dollar, von denen zudem noch ein Betrag für Transport und Unterkunft abgezogen wurde.

A. versuchte, Hilfe bei anderen Arbeitern auf der Farm zu suchen, aber es stellte sich heraus, dass ein großer Teil der dort Beschäftigten ebenfalls aus Südamerika stammt und sich in einer ähnlichen Situation befindet. Nach einigen Tagen beschlossen A. und



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

seine Kollegen (trotz seiner Angst, verhaftet zu werden), zur örtlichen Polizeistation zu gehen und dort über die Situation zu berichten. Auf der Polizeistation gab A. eine Aussage zu dem Fall ab. Die Polizeibeamten wiesen die Männer an, in ihre Unterkunft zurückzukehren, und versprachen ihnen, dass bei Bestätigung der Angaben eine Durchsuchung der Farm organisiert und den Opfern Hilfe geleistet würde. Sie versicherten ihnen, dass das Fehlen von Pässen in einer solchen Situation kein Grund für eine Inhaftierung, geschweige denn eine Verhaftung von A. sei. Am nächsten Tag wurde die Farm von der Polizei und der Grenzpolizei durchsucht, denen A. und seine Kollegen von der Situation berichtet hatten. Bei der Razzia wurde unter anderem X festgenommen. A. wurde zusammen mit seinen Kollegen und anderen Ausländern in eine spezielle Haftanstalt für Ausländer gebracht, wo sie weitere Aussagen machten und Unterstützung erhielten. Weder die Polizei noch der Grenzschutz konnten ihre Pässe wiederbeschaffen, aber es wurden Ersatzdokumente ausgestellt, mit denen die Männer nach Kolumbien zurückkehren konnten (sie wollten so schnell wie möglich nach Hause zurückkehren). Unterstützung und den Kauf von Rückflugtickets übernahm eine polnische Stiftung, die sich mit Menschenhandel befasst.

Ausgangspunkt für die Ermittlungen und Ermittlungsverfahren

Im Juli 2022 erhielt die Kriminalabteilung der Provinzpolizeidirektion in Danzig Informationen über Menschenhandel in Form von Sklavenarbeit in einer der Geflügelfarmen direkt außerhalb von Danzig. Die erhaltenen Informationen deuteten darauf hin, dass im Jahr 2022 drei kolumbianische Staatsangehörige von einem polnischen Staatsangehörigen für die Arbeit in der Geflügelfarm angeworben worden waren. Als Vermittler für die Anstellung soll ein argentinischer Staatsangehöriger fungiert haben. Anschließend wurden verfahrensrechtliche und operative Maßnahmen mit den Opfern durchgeführt, die die erhaltenen Informationen bestätigten.





Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

Die Opfer gaben an, dass sie aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage in ihrem Heimatland nach Polen gekommen seien, um Arbeit zu suchen. Das Stellenangebot selbst fanden sie über das soziale Netzwerk Facebook in der Gruppe „Latinos en Polonia“, die unter anderem polnische Stellenangebote für Südamerikaner enthält. Die Opfer besprachen dann die Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitsvermittler, einem argentinischen Staatsangehörigen, der ihnen versicherte, dass ihr Aufenthalt in Polen legalisiert würde, sobald sie die Arbeit aufgenommen hätten.

Bei ihrer Ankunft in Polen wurden die Opfer von einem polnischen Staatsangehörigen, einem Komplizen des Argentiniers, „betreut“, der ihnen ihre Unterkunft und ihren Arbeitsplatz auf der Geflügelfarm zuwies. Im Laufe der Arbeit zahlte der polnische Staatsangehörige den Opfern deutlich unterbezahlte Löhne für die geleistete Arbeit und unternahm trotz vorheriger Zusagen keinerlei Anstrengungen, den Aufenthalt der kolumbianischen Staatsangehörigen zu legalisieren. Alle Arbeiten wurden „schwarz“ ohne Verträge ausgeführt. Darüber hinaus zog der Vermittler trotz der Zahlung eines deutlich reduzierten Gehalts nach eigenem Ermessen Beträge für Transport oder Unterkunft davon ab.

Außerdem war die Arbeit auf der Geflügelfarm nach Angaben der Opfer durch menschenunwürdige Bedingungen gekennzeichnet.

Im Rahmen der nach dem Prozess durchgeführten Ermittlungen wurde bestätigt, dass sowohl der argentinische Vermittler als auch der polnische Staatsangehörige, der die Arbeiter beaufsichtigte, Arbeit auf der Geflügelfarm angeboten hatten, obwohl beide dort nie offiziell beschäftigt waren. Die Beaufsichtigung der Farmarbeiter durch den polnischen Staatsangehörigen war in keiner Weise formalisiert – er hatte keinen Arbeitsvertrag mit dem Unternehmen. Diese Vorgehensweise sollte es den Opfern erschweren, ihre Rechte geltend zu machen.

In der Folge wurde der oben genannte polnische Staatsangehörige, der die Arbeiter beaufsichtigen sollte, festgenommen und seine Wohnung durchsucht. Dabei wurden zahlreiche Dokumente mit Daten von Ausländern sowie vier Reisepässe gefunden, auf deren Grundlage weitere mutmaßliche Opfer von Menschenhandel ermittelt werden konnten. Es wurde auch festgestellt, dass die geschädigten Personen ihre Dokumente freiwillig an den polnischen Staatsbürger übergeben hatten – in der Hoffnung, dass ihr Aufenthalt in Polen formalisiert würde und sie Arbeitsverträge erhalten würden. Anschließend wurden die Opfer gezwungen, ohne Verträge und Dokumente zu arbeiten (sie wurden auch oft eingeschüchtert) und konnten ihre Pässe nicht zurückerhalten, wodurch sie in eine ausweglose Situation gerieten.

Im Rahmen der durchgeführten Maßnahmen wurde unter Beteiligung der Grenzschutzbehörde und der staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde auch eine Durchsuchung einer Geflügelfarm durchgeführt, bei der zahlreiche Dokumente über die Beschäftigung von Ausländern (unter anderem zu im Vergleich zu den Marktgegebenheiten deutlich niedrigeren Löhnen) gefunden wurden. Das gesammelte Material wurde der Ermittlungsabteilung der Polizeibehörde der Woiwodschaft in Danzig übergeben, die einen polnischen Staatsbürger in diesem Fall ebenfalls wegen Beteiligung am Menschenhandel anklagte. Darüber hinaus verhängte die staatliche Arbeitsaufsichtsbehörde hohe Geldstrafen gegen den Betrieb, weil er Arbeitnehmer ohne ordnungsgemäße Verträge beschäftigt und andere arbeitsrechtliche Bestimmungen nicht eingehalten hatte. Was den argentinischen Staatsangehörigen betrifft, der als Vermittler bei der Anwerbung von Arbeitnehmern fungierte, konnten nicht genügend Beweise gefunden werden, um ihn wegen wissentlicher Beteiligung am Menschenhandel anzuklagen.

Die betroffenen kolumbianischen Staatsangehörigen wurden als Opfer von Menschenhandel eingestuft und an die Stiftung LaStrada Foundation überwiesen, die

sich für die Achtung der Menschenrechte und den Kampf gegen Menschenhandel, Sklaverei und Zwangsarbeit einsetzt. Darüber hinaus wurden den Opfern Bescheinigungen ausgestellt, aus denen hervorgeht, dass sie Opfer von Menschenhandel waren.

8.5 Vorgeschlagene Aktivität des Kapitels

Tabelle 1. Übung: Analyse der Fälle „Fall Solange“ und „Fall Alejandro“

Name der Aktivität	Übung: Analyse der Fälle „Fall Solange“ und „Fall Alejandro“
Art der Aktivität	Diskussion
Dauer	60 Minuten
Lernziele	Das erworbene Wissen anwenden, um die Situation zu beurteilen und Maßnahmen für die Untersuchung und den Schutz des Opfers zu planen.
Benötigte Materialien	- Ausdrucke mit detaillierten Beschreibungen beider Fälle. - Diagramm der rechtlichen Verfahren in Fällen von Menschenhandel.

	Liste der Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für die Unterstützung der Opfer einsetzen.
Leitfaden für die Moderation	Einführung (10 Minuten): Der Moderator gibt eine allgemeine Beschreibung des Falls und erinnert an die wichtigsten theoretischen Punkte zum Thema Menschenhandel. Gruppenarbeit (30 Minuten): Die Teilnehmenden analysieren die Materialien, diskutieren in Gruppen und erarbeiten gemeinsame Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Präsentation der Ergebnisse (10 Minuten): Jede Gruppe präsentiert ihre Schlussfolgerungen im Forum. Der Moderator leitet die Diskussion und hebt bewährte Verfahren und Verbesserungsvorschläge hervor.
Nachbesprechung	Nachbesprechungsphase (10 Minuten): Der Moderator fasst die gemeinsamen Schlussfolgerungen zusammen und betont die Bedeutung vielfältiger Maßnahmen im Kampf gegen Menschenhandel, darunter die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen und die Aufklärung der Öffentlichkeit.

Tipps für Moderation	Vertiefung der Einführung: Zu Beginn der Übung kann der Moderator auf aktuelle Daten oder Statistiken zum Thema Menschenhandel verweisen, um das Ausmaß des Problems und seine Bedeutung im internationalen Kontext zu verdeutlichen. Moderation der Diskussion: Wenn die Gruppen ihre Ergebnisse vorstellen, sollte auf die Vielfalt der vorgeschlagenen Ansätze hingewiesen werden. Der Moderator sollte die Teilnehmenden dazu anregen, über den praktischen Nutzen der diskutierten Lösungen und ihre mögliche Anwendung in realen Situationen nachzudenken.
Handouts	Keine
Varianten für die Online-Durchführung	• Verwenden Sie Videokonferenz-Tools (z.B. Zoom, MS Teams) mit einer Raumaufteilungsfunktion für Gruppenarbeiten. • Stellen Sie sicher, dass alle Teilnehmer Zugang zu den Materialien in elektronischer Form haben (z.B. als PDF per E-Mail oder hochgeladen auf die Plattform). • Seien Sie während der Gruppenarbeit in den Räumen verfügbar, um Fragen zu beantworten und die



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

	Teilnehmenden bei der Erledigung der Aufgabe zu unterstützen. • Ermutigen Sie zur aktiven Nutzung des Chatrooms, um Ideen und Schlussfolgerungen während der Präsentationen auszutauschen.
--	---



Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Commission can be held responsible for them.

8.6 Reflexion

Am Ende dieses Kapitels der Schulung sollten die Teilnehmenden:

- die Mechanismen des Menschenhandels verstehen – einschließlich der Anwerbung, Kontrolle und Ausbeutung der Opfer.
- in der Lage sein, die Anzeichen für Menschenhandel zu erkennen und wissen, wie sie bei Verdacht auf dieses Verbrechen handeln müssen.
- die grundlegenden rechtlichen Instrumente und Verfahren im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels und der Unterstützung der Opfer kennen.
- praktische Fähigkeiten zur Zusammenarbeit innerhalb von Ermittlungsteams und zur Erstellung von Empfehlungen für Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen entwickeln.

Der Schulungsleiter sollte die Bedeutung eines interdisziplinären Ansatzes und die Rolle der Justiz beim Schutz der Opfer und der Strafverfolgung der Täter hervorheben. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Teilnehmenden zu ermutigen, ihr Wissen kontinuierlich zu erweitern und bewährte Verfahren in ihren beruflichen Gemeinschaften auszutauschen.





www.eradicating2project.eu



**Co-funded by
the European Union**

Views and opinions expressed are those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Commission (granting authority). Neither the European Union nor the European Commission can be held responsible for them.